

Anfragen zum Plenum in der 43. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Infektionen, aufgeschlüsselt nach Monaten, seit der Einführung der Luca-App im April 2021 mithilfe dieser nachverfolgt werden konnten, wie viele Warnungen im gleichen Zeitraum, ebenfalls aufgeschlüsselt nach Monaten, durch die Corona-Warn-App ausgegeben (falls keine Zahlen spezifisch für Bayern vorhanden sind, bitte Zahlen für Deutschland und anteilig Bayern angeben) und ob es in Anbetracht dieser Zahlen nicht sinnvoll wäre, wie in anderen Bundesländern, den Besuch öffentlicher Veranstaltungen auch mit einem pseudonymen Check-In via Corona-Warn-App zu erlauben?

Horst Arnold
(SPD)

Hinsichtlich der Phänomologie strafrechtlicher Anzeigen wegen des Verdachtes versuchten Erlangens gefälschter Impfausweise bzw. gefälschter Impf-QR-Codes und deren Gebrauch als Fälsficate im Rechtsverkehr frage ich die Staatsregierung, wie viele Anzeigen von welchen Institutionen (z. B. Apotheken, Gaststätten, Clubs etc.) seit dem 2. September 2021 (Beginn der 3G-Regelung) monatlich bei den Bayerischen Polizeiinspektionen bzw. Kriminalpolizeiinspektionen, hilfsweise Bayerischen Polizeipräsidien, eingingen bzw. gestellt wurden und nach welchen konkreten strafrechtlichen Vorwürfen ermittelt wird, gegebenenfalls mit Festnahmen und Untersuchungshaft?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Änderungen bei der Unterstützung der Kommunen beim Bau von Geh- und Radwegen sich gemäß der im Ministerrat am 19. Oktober 2021 beschlossenen Änderung des Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes ergeben, auf welche Art und Weise Kommunen künftig unterstützt werden sollen und ab wann mit einer Verbesserung der Unterstützung für Kommunen zu rechnen ist?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Form die gemeinsame Öffentlichkeitskampagne mit der Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungs-, Jugend- und Familienberatung Bayern (LAGEB) (siehe Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Johannes Becher, Kerstin Celina und Eva Lettenbauer betreffend „Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes in Bayern“ Drs. 18/17753) 2021 umgesetzt wurde (bitte eingehen auf Zielgruppe, Orte und Formate der Ansprache, Kosten, Zeitrahmen, Zielsetzung), welche Reichweite damit erzielt werden konnte und welche Bilanz sie bzgl. der Wirksamkeit der Kampagne und möglicher weiterer öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen zur Bekanntmachung der Angebote der Erziehungsberatungsstellen zieht?

Franz Bergmüller
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Staatsregierung und das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) über das Robert Koch-Institut (RKI) und unter dem Narrativ „vorsichtige Vorgehensweise“ im Gesundheitswesen bisher allgemeingültige und gängige Definitionen, z. B. bei dem Begriff der Inzidenz/Inzidenzrate, als „die Anzahl der Neuerkrankungen innerhalb einer definierten Population – beispielsweise den Einwohnern einer Stadt, eines Landes oder einer Region – in einem bestimmten Zeitraum“¹ bei COVID jedoch mithilfe einer Umdefinition den Begriff Inzidenz wie folgt erweitert hat: „Labordiagnostischer Nachweis mittels Nukleinsäurenachweis oder Erregersisolierung (E1) oder labordiagnostischer Nachweis mittels Antigennachweis (E2) bei fehlenden Angaben zum klinischen Bild (nicht ermittelbar oder nicht erhoben).“ und damit ganz unabhängig von einer Infektion jeden Betroffenen eines positiven Antigen-/PCR-Tests mit in die Inzidenz einrechnet und diese Änderung erst ca. ein Jahr später, am 23.12.2020, unter dem Begriff „Falldefinition COVID“ öffentlich gemacht hat, wodurch die Inzidenz als „Prävalenz + Inzidenz“(Standard) umdefiniert wurde und hierdurch erheblich höhere Fallzahlen generiert wurden und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass bei Impfdurchbrüchen dieses Vorsichtsprinzip gerade nicht zur Anwendung gebracht wird, sondern ganz im Gegenteil mit Hilfe der staatlichen Definitionsmacht die Zahlen umdefiniert werden, indem mithilfe von § 2 der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung „eine geimpfte Person eine asymptomatische Person, die im Besitz eines auf sie ausgestellten Impfnachweises ist,“ nur diejenigen Personen, die eine COVID-Impfung erhalten haben, die hier nach keine Symptome haben, als geimpft bezeichnet werden und Personen, die z. B. nach einer Infektion mit dem COVID-Virus dennoch Symptome haben, von dem so umdefinierten Begriff geimpft nicht abgedeckt werden, was gemäß Wochenbericht des RKI vom 21.10.2021, Tabelle 4, Zeile 1 seit KW 5 immerhin $89\,988 + 782\,349 + 156\,506 = 1\,028\,843$ „symptomatische COVID-19-Fälle (mit Angabe Impfstatus)“ betreffen dürfte und

¹ [https://www.rki.de/DE/Content/Service/Publikationen/Fachwoerterbuch_Infektionsschutz.pdf? blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Service/Publikationen/Fachwoerterbuch_Infektionsschutz.pdf?blob=publicationFile)

vor dem Hintergrund der Tatsache, dass zu diesem Zweck auch der Begriff des Impfdurchbruchs bei COVID, abweichend zur bisherigen Norm eine Neudefinition, erfahren hat, indem die im Fachwörterbuch Infektionsschutz des RKI aus dem Jahr 2015 enthaltene Definition für „Impfdurchbruch, Erkrankung trotz Schutzimpfung“, also ohne einen Zeitkorridor, in dem der Impfschutz aufgebaut wird, lautet, aber indem die vom RKI veröffentlichte Definition für „Impfdurchbruch bei COVID“ hingegen zeitlich erst ab dem Aufbau eines „vollständigen Impfschutzes“ greift, was mit zwei Wochen fingiert wird, also „wenn bei einer vollständig geimpften Person eine PCR-bestätigte SARS-CoV-2-Infektion mit Symptomatik festgestellt wird. Ein vollständiger Impfschutz besteht in der Regel, wenn nach der letzten erforderlichen Impfdosis 14 Tage vergangen sind (2-Dosen-Impfschema bei Comirnaty, Spikevax und Vaxzevria, 1-Dosen-Impfschema bei Janssen).“² wird, und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die nach diesen 14 Tagen dann festgestellten Impfdurchbrüche noch einmal dadurch reduziert werden, indem man die bisherige Tatsache eines sekundären Impfversagens mit Hilfe einer weiteren Definition in die Sphäre der Wahrscheinlichkeit wegrelativiert wird, indem die im Fachwörterbuch Infektionsschutz des RKI, von W. Kiehl aus dem Jahr 2015 enthaltene Definition für Sekundäres Impfversagen: „Ein ursprünglich erreichter Impfschutz nimmt im zeitlichen Verlauf schneller ab, als zu erwarten wäre“ bei COVID nun einfach wie folgt als „wahrscheinlicher Impfdurchbruch“ definiert wird „ein „wahrscheinlicher Impfdurchbruch“ ist definiert als SARS-CoV-2-Infektion mit klinischer Symptomatik, die bei einer vollständig geimpften Person mittels PCR oder Erregerisolierung diagnostiziert wurde.“, wodurch alle Geimpften mit klinischer Symptomatik ins Reich der Wahrscheinlichkeit wegdefiniert werden³, frage ich die Staatsregierung, aus welchem Grund beteiligen sich die Staatsregierung und das LGL an mindestens diesen, speziell für COVID geschaffenen Abweichungen von den für alle anderen Infektionskrankheiten geltenden Definitionsnormen und der damit ggf. verbundenen Fehlinformation der Öffentlichkeit (bitte vollzählig aufführen), aus welchen Gründen vergrößert die Staatsregierung mithilfe ihrer Macht bei COVID nicht die Zahl der Impfdurchbrüche, Impfreaktionen, Impfschäden und verkleinert auf der anderen Seite auf demselben Weg die Inzidenz, indem sie z. B. die Fallgruppe „E“ aus der „Falldefinition COVID“ nicht anwendet, sondern hält es im Gegensatz hierzu für angemessen / verhältnismäßig mit Hilfe der zitierten Definitionen bei COVID die Inzidenz mit Hilfe von Definitionen aufzublähen, aber die Zahl der Impfdurchbrüche, Impfreaktionen, Impfschäden mit Hilfe von Definitionen zu fragmentieren und kleinzurelativieren und wie der

2

https://www.rki.de/SharedDocs/FAQ/COVIDImpfen/FAQ_Liste_Wirksamkeit.html#:~:text=Ein%20Impfdurchbruch%20liegt%20vor%2C%20wenn,Infektion%20mit%20Symptomatik%20festgestellt%20

3

https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Wochenbericht/Wochenbericht_2021-07-22.pdf?_blob=publicationFile

Staatsregierung, also mindestens den Gesundheitsbehörden der Landkreise, dem LGL, dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, dem LGL die im Zusammenhang mit COVID-Fällen vergebaren ICD-Code-Fallzahlen vorliegen (bitte hierfür jeden im Zusammenhang mit COVID, also umfassend auch Impfdurchbrüche, trotz doppelter Impfung verstorben etc. vergebaren ICD-Code lückenlos mit den bisher dazu kummulierten Fallzahlen aufschlüsseln)?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob der wegen des Verdachts der Gründung einer terroristischen Vereinigung verhaftete [REDACTED] durch seine Funktion als Vorsitzender des CSU-Arbeitskreises für Außen- und Sicherheitspolitik auch Zugang zu internen Behördeninformationen hatte, falls ja, ob diese Informationen auch Ermittlungen im Zusammenhang mit dem UNITER- und Nordkreuz-Komplex betrafen und ob der Verhaftete über seine Tätigkeit in verschiedenen CSU-Gremien auch Kontakte zu offiziellen Stellen in Saudi-Arabien und dem Jemen hatte, die ihm bei dem geplanten Aufbau einer Söldnertruppe nützlich waren?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Vorgaben und Maßnahmen (u. a. 10-H-Regelung, Abstände zu Erdbebenmessstationen gemäß Bayerischer Windenergie-Erlass – BayWEE, Bauhöhenbeschränkung durch Minimum Vectoring Altitudes – MVA) in den letzten zehn Jahren dazu geführt haben, dass Windkraftanlagen (WKA) in Bayern nicht umgesetzt werden konnten, welche Gebiete – die gemäß des Bayerischen Windatlas geeignet sind – seit der Einführung dieser Vorgaben nicht mehr für die Errichtung von WKA infrage kommen und inwiefern sich die durchschnittliche Genehmigungszeit von WKA verlängert hat?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann die zur Organisation von Schienenersatzverkehren in der Pressemitteilung der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) vom 22.09.2021 genannte „Smarte Ersatz-Mobilitäts-Plattform“ einsatzbereit sein wird, bis wann eine solche Plattform für ganz Bayern verfügbar sein wird und ab wann langfristig planbare Schienenersatzverkehre während Bauarbeiten hierüber abgewickelt werden sollen?

Michael Busch
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Umfragen sie seit dem 16.03.2018 in Auftrag gegeben hat, ob diese veröffentlicht wurden und welche Kosten hierfür (jeweils und insgesamt) angefallen sind?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem in der gemeinsamen Expertenanhörung des Gesundheits- und Sozialausschusses am 12.10.2021 im Landtag verschiedene Ansätze zur Weiterentwicklung des BayPsychKHG zur Sprache kamen, frage ich die Staatsregierung, welchen Änderungsbedarf sie als besonders dringend erachtet, wann mit einer Konkretisierung, Erweiterung und Ergänzung, v. a. in Bezug auf die zivilrechtlichen Unterbringungen, des Melderegisters nach Art. 33 BayPsychKHG zu rechnen ist und ob die Staatsregierung erwägt, die in den Arbeitsgruppen des Runden Tisches zum PsychKHG entwickelte Idee der niedrighschwelligigen Krisenbetten im ambulanten Bereich als ein Mittel zur Prävention einer Einweisung aufzugreifen?

Dr. Anne Cyron
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob die Schulen Corona-Testzertifikate der Schüler, welche außerhalb der Schule erstellt wurden, an die Schulämter weiterleiten dürfen, wenn ja, in wie vielen Fällen in Bayern Corona-Testzertifikate von Schülern durch die Schulen an die Schulämter weitergeleitet wurden (bitte Anzahl je Landkreis seit Beginn der Testungen an Schulen auflisten) und auf Basis welcher rechtlichen Grundlage außerhalb der Schule erstellte Testzertifikate von Schülern durch Schulen an die Schulämter ausgehändigt/weitergeleitet werden (bitte genau erläutern)?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, worin der Beförderungsstau von A 13 auf A 14 an Berufsschulen begründet liegt, wie sie diesen zeitnah beheben will und welche Kriterien (z. B. Kinder, Ehe, pflegende Angehörige, soziales Engagement) bei der Entscheidung über Planstellen und Versetzungen von Lehrkräften angesetzt werden (ggf. bitte auf Priorität dieser Kriterien eingehen)?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Zum 60-jährigen Jubiläum des Anwerbeabkommens mit der Türkei am 30.10.2021 und damit einem wichtigen Teil für einen großen Teil der Bevölkerung in Bayern in Bezug auf z. B. die Lebensleistung, die Bayerische Geschichte und den Beitrag zum Wohlstand in Bayern frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen zur Würdigung sie plant, z. B. Ministerpräsident Dr. Markus Söder, die Staatskanzlei oder die anderen Ministerien bzw. Regierungsstellen, an und um den Tag herum und welche öffentliche Würdigung der Leistung der sog. Gastarbeiterinnen bzw. Gastarbeiter geplant ist, welche Maßnahmen sind geplant, um eine ausführliche Würdigung und Auseinandersetzung einer gemeinsamen Einwanderungsgeschichte des Landes Bayern in der Geschichtskultur (jenseits des kleinen Teils im Haus der bayerischen Geschichte) zu fördern?

Albert Duin
(FDP)

Vor dem Hintergrund der weltweit aktuell hohen Nachfrage nach Gas, den steigenden Gaspreisen und Berichten, dass die Gasmärkte in Deutschland nicht ausreichend auf den kommenden Winter vorbereitet seien, frage ich die Staatsregierung, welche Kenntnis sie über die aktuellen Speicherstände in Deutschland bzw. Bayern hat, ob sie sich für staatliche Eingriffe in Bezug auf den Verbrauch der Industrie bzw. zur Unterstützung finanzschwacher Haushalte einsetzt und welche Szenarien sie zur Sicherung der Gasnutzung im Falle eines kalten Winters vorsieht?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wo im Freistaat in den vergangenen zehn Jahren Fälle von Amerikanischer Faulbrut (AFB) bei Bienenvölkern aufgetreten sind (bitte aufgelistet nach Jahren und Regierungsbezirken angeben), wie hoch die Schäden dieser Auftritte beziffert werden und welche Präventionsmaßnahmen gibt es aus Sicht der Staatsregierung gibt, um das AFB-Auftreten in Bayern besser zu begrenzen?

Matthias Fischbach
(FDP)

Angesichts der Tatsache, dass Staatsminister für Unterricht und Kultus (StMUK) Prof. Dr. Michael Piazzolo bislang keine Regierungserklärung abgegeben hat, frage ich die Staatsregierung, welche Ziele das StMUK in dieser Legislaturperiode neben der reinen Krisenbewältigung (Coronafolgen, Lehrermangel, Digitalisierungsrückstand) verfolgt, anhand welcher Vorhaben der politische Gestaltungsanspruch des Staatsministers erkennbar werden soll (bitte insbesondere auf größere Reformvorhaben und geplante Gesetzesinitiativen eingehen) und anhand welcher Kriterien der Staatsminister in zwei Jahren seinen Erfolg in der Erreichung der Ziele und Umsetzung der Vorhaben konkret messen lassen möchte?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit zukünftig nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (BayGVFG) Reaktivierungen gefördert werden können, nachdem sie angekündigt hat, die Änderungen im Bundes-GVFG für die bayerischen Förderregularien übernehmen zu wollen, inwieweit die vier Reaktivierungskriterien der Staatsregierung angepasst werden und inwieweit die Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen des Freistaates Bayern für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV-Zuwendungsrichtlinien – RZÖPNV) angepasst werden müssen?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass die vom Ministerrat am 09.04.2019 beschlossenen Punkte als Stellungnahme der Staatsregierung zum Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen!“ (Drs. 18/1736) unter Punkt 3.2. „Mehr Ökologie“ bei der Einbringung des Gesetzentwurfes Eingang gefunden haben, frage ich die Staatsregierung zum Punkt „Öffentliche Grünflächen ökologischer gestalten“, inwieweit die Maßnahmen für öffentliches Grün hinsichtlich des Verbots, öffentliche Grünflächen zu mulchen und mit Kreiselmähdwerken zu mähen, ferner hinsichtlich des Verbots von Laubbläsern und herkömmlichen Mährobotern der öffentlichen Hand, bereits umgesetzt sind (wie z. B. „Mähen statt Mulchen“, „Balken statt Kreiselmähdwerke“, „Rechen statt Laubbläser“ und Verzicht auf Mähroboter), welche Umsetzungsschritte (z. B. Förderungen o. Ä.) konkret in Planung sind und wie der Umsetzungsstand auf Flächen des Freistaates inklusive der Bayerischen Schlösser- und Seenverwaltung ist (bitte unter Prozentangabe der Flächen, die bereits so geändert bewirtschaftet werden)?

Richard Graupner
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Antwort der Staatsregierung vom 15.10.2021 auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Christoph Maier betreffend Komplikationen im Zusammenhang mit der Corona-Impfung (Drs. 18/18396), wonach am 02.06.2021 drei Impflinge, geimpft im Impfzentrum Bobingen unter Hinzuziehung des Rettungsdienstes ins Krankenhaus gefahren werden mussten und der ebenfalls in der Antwort angegebenen Information, wonach im Zeitraum vom 24.03.2021 bis zum 29.09.2021 insgesamt sieben Millionen Impfungen in Impfzentren und durch mobile Impfteams in Bayern durchgeführt wurden, wobei es im gleichen Zeitraum zu 337 gemeldeten Impfwischenfällen kam, frage ich die Staatsregierung, wie sie den unwahrscheinlichen Zufall erklärt, dass bei den offenbar sehr seltenen Impfwischenfällen ganze drei Impfwischenfälle an ein und demselben Tag und in ein und demselben Impfzentrum zu verzeichnen waren, zu welcher Uhrzeit sich die drei Impfwischenfälle vom 02.06.2021 im Impfzentrum Bobingen jeweils ereigneten und ob die Möglichkeit besteht, dass die drei genannten Impfwischenfälle vom 02.06.2021 im Impfzentrum Bobingen an einem anderen Tag, beispielsweise ein oder mehrere Tage nach oder vor dem 02.06.2021, stattfanden, und nicht am 02.06.2021 selbst?

Martin Hagen
(FDP)

Auf der Basis der gesteigerten Gegenwarts- sowie Zukunftsbedeutung von Anwendungen mit Künstlicher Intelligenz (KI) und auch vor dem Hintergrund der bestehenden KI-Förderung im Rahmen eines IQSH-Projekts in Schleswig-Holstein frage ich die Staatsregierung, welche „KI-Innovationsschulen“ bzw. „KI-Schulprogramme“ es in Bayern gibt (bitte auf die Bedeutung des Datenschutzes, der Möglichkeiten und auch auf die Rolle der Bildungsmedienlandschaft in Bayern eingehen und konkret die KI-Schulen bzw. KI-Programme benennen), welche konkreten Projekte gefördert werden (bitte auf Dauer, Umfang und Struktur der Förderung eingehen) und ab wann die Staatsregierung einen flächendeckenden Einsatz von KI-Anwendungen im schulischen Umfeld umzusetzen gedenkt (bitte auf einzelne, angedachte Anwendungsbereiche eingehen)?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach den ausweichenden und nicht vollständig erfolgten Antworten auf meine Anfrage zum Plenum vom 19.10.2021 (Drs. 18/18542), frage ich die Staatsregierung erneut, ob das Staatsgut Achselschwang von Staatsministerien (damit ist nicht nur das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gemeint) oder nachgelagerten Behörden (ich bitte auch diesen Aspekt zu beachten) eine, wenn auch inoffizielle, Anfrage auf Stellungnahme zur Entbehrlichkeit von Flächen erhalten oder eine andere Art der Kontaktaufnahme stattgefunden hat und falls ja, was jeweils der genaue Inhalt der jeweiligen Kontaktaufnahme und der jeweiligen Antwort darauf war?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es rechtlich zulässig ist, dass kommunale sowie staatliche Krankenhäuser und Kliniken Schwangerschaftsabbrüche in deren Allgemeinen Vertragsbedingungen mit Ärztinnen bzw. Ärzten und Patientinnen bzw. Patienten vom Vertragsangebot kategorisch ausschließen, ob es ferner rechtlich zulässig ist, Bewerberinnen bzw. Bewerber für eine Einstellung als Gynäkologin bzw. Gynäkologe in einem kommunalen oder staatlichen Krankenhaus im Bewerbungsverfahren zu fragen, ob sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen würden, und ob Ausschreibungen für entsprechende Stellen bereits mit der Anforderung zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen versehen werden dürfen?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe Ministerpräsident Dr. Markus Söder seit seinem Amtsantritt am 16.03.2018 Investitionen für den Bereich Luft- und Raumfahrt im Freistaat angekündigt hat (bitte tabellarisch aufführen unter Nennung des Ankündigungsdatums und des generellen und zeitlichen Zielhorizonts der Realisierung), in welcher Höhe die angekündigten Investitionen bislang auch tatsächlich getätigt wurden bzw. im Haushalt veranschlagt sind (unter Aufführung der konkreten Positionen im Haushalt) und welche finanziellen Mittel die Staatsregierung im Rahmen der „Cluster Offensive Bayern“ dem Cluster „Aerospace“ insgesamt konkret zur Verfügung stellt (bitte Auflistung nach Jahren)?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Auswirkungen auf das Umwelt- und Planungsrecht und die kommunale Bauleitplanung sie durch den Beschluss Bundesverfassungsgericht vom 24. März 2021 (1 BvR 2656/18 u. a.) sieht, welche juristischen Konsequenzen die Staatsregierung aus dem Beschluss und welche politischen Konsequenzen sie aus dem Beschluss zieht?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ermittlungsverfahren bayerische Behörden aufgrund der Enthüllungen im Rahmen der Pandora Papers eingeleitet haben, mit welchen Bundesbehörden wegen dieser Enthüllungen bereits Kontakt aufgenommen wurde und inwiefern geplant ist, Teile des Datenbestands mit Hilfe bayerischer Behörden auszuwerten (bitte hierbei entsprechende Stellen und Umfang angeben)?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche der im Maßnahmenpaket zur bayerischen Klimaschutzoffensive angekündigten Umsetzungsschritte mit Blick auf die Einführung eines bayerischen Nachhaltigkeitstoken (Ökotoken, u. a. Einrichtung einer staatl. Geschäftsstelle, Schaffung eines Konsortiums für das operative Geschäft, Einbindung eines Finanzdienstleisters, Vernetzung der Partner aus Wirtschaft und dem öffentlichen Bereich) konkret von der Staatsregierung vorbereitet bzw. eingeleitet wurden und wann und wie diese genau vorbereitet bzw. eingeleitet wurden (bitte mit Angabe des genauen Datums, an dem mit dem Start des Ökotoken gerechnet werden kann)?

Christian Klingen
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsachen, dass am 3. Januar 2021 in Nürnberg eine Kundgebung gegen Maßnahmen der Staatsregierung stattfand, von denen Letztere behauptet, dass diese Maßnahmen dem alleinigen Zweck dienen würden, das COVID-19-Virus zurückzudrängen¹, dass dort der Polizeiführer [REDACTED] den ehemaligen Polizisten [REDACTED] mit einem gezielten Schlag in die Herzgegend ohnmächtig schlug, nur um zu verhindern, dass Letzterer eine ansonsten leere Unterführung betreten konnte², und dass der Polizeiführer dem durch einen Schlag in die Herzgegend Ohnmächtigen keinerlei Hilfe hat zukommen lassen, sondern untätig vor dem Niedergestreckten stehen blieb, frage ich die Staatsregierung, welches Schicksal hat jede der vom Beweissicherungsteam der Polizei während des eingangs durch Videomitschnitte von Dritten dokumentierten Zeitraums am 3. Januar 2021, gemachte Videoaufnahme, also von der Annäherung an die Unterführung bis zum Wiedererwachen aus der Ohnmacht, durchlebt (bitte hierzu Zahl/Dauer/Zeitraum/Inhalt jeder dieser Aufnahmen, sowie für jede Aufnahme die Anforderung durch Dritte, wie z. B. Staatsanwaltschaft, Gerichte etc., derzeitiger Verbleib/Zustand/Verwahrort offenlegen), auf welche Weise hat die Staatsanwaltschaft bisher jede dieser Aufnahmen in einem der zu

¹ vgl. auch <https://www.nordbayern.de/region/nuernberg/corona-demo-in-nuernberg-ex-polizist-und-usk-gerietenaneinander-1.10742206>

² vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=GNSm9EwuUMU> und <https://www.youtube.com/watch?v=IApOJ9ZgUZo&t=6s>

diesen Tatkomplexen geführten Prozesse zur Wahrheitsfindung herangezogen/genutzt (bitte für jeden Fall und auch den Fall der Nichtverwertung begründen) und wann wurde der vor dem Ohnmächtigen stehende Polizeiführer [REDACTED] das letzte Mal befördert / in der Besoldung heraufgestuft, was den Gedanken eines persönlichen Interesses des Polizeiführers aus der Welt schaffen könnte, [REDACTED] mit einem gezielten Schlag in die Herzgegend ohnmächtig zu schlagen?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit den Regierungserklärungen von Mai und Juli 2021 von Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Michaela Kaniber und Ministerpräsident Dr. Markus Söder, in denen die Staatsregierung einen starken Fokus auf das staatliche Bauen mit Holz setzt (Zitat Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Wo es geht, wird Holz verbaut.“), frage ich die Staatsregierung, inwieweit beim Neubau des Justizzentrums in Schweinfurt eine Hybrid- oder Vollholzbauweise geprüft wurde, inwieweit die Verwendung von Holz zur Sanierung des im Zusammenhang zu diesem Bauprojekt stehenden Rentamts und Altbaus geprüft wurde und in welchem Umfang der Einsatz von Holzbauteilen und Holzwerkstoffen bei diesen Projekten vorgesehen ist?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) im Februar 2021 5,3 Mio. Corona-Schnelltests bei der Siemens Healthcare GmbH bestellt hatte, frage ich die Staatsregierung, ob Mitglieder des Landtags oder anderer Parlamente diesbezüglich Kontakt mit dem StMGP hatten und/oder versucht haben, in irgendeiner Form Einfluss auf die Vergabe zu nehmen?

Natascha Kohnen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten den Naturwald „Donau-Auwald zwischen Lechmündung und Neuburg a. d. Donau“ ausgewählt hat, um ihn als besonders schützenswertes Gebiet rechtsverbindlich als Teil des grünen Netzwerks (gem. Art. 12a Abs. 2 Bayerisches Waldgesetz – BayWaldG) zu sichern, nicht jedoch die anderen, ebenfalls als Natura 2000-Schutzgebiete ausgewiesenen Gebiete des Donau-Auwaldes, insbesondere im FFH-Gebiet (FFH = Fauna-Flora-Habitat) „Donau mit Jura-Hängen zwischen Leitheim und Neuburg“ sowie im Vogelschutzgebiet „Donauauen zwischen Lechmündung und Ingolstadt“?

Sebastian Körber
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wann Sie gedenkt, eine aktualisierte Fassung des Gesamtverkehrsplans Bayern aus dem Jahre 2002 zu veröffentlichen, welche Gründe vorliegen, weswegen eine Veröffentlichung so lange auf sich warten lässt (gemäß Protokoll der 23. Sitzung des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr am 26.05.2020, Aussage des Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, dass bereits „ein fertiges Dokument in der Schublade“ vorliege) und ob das mangelnde Bekenntnis zu essenziellen Infrastrukturgroßprojekten, wie z. B. der dritten Start- und Landebahn am Flughafen München, eine Rolle spielt, denn immerhin sollte gemäß 23. Sitzung des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr ein Grundlagendokument veröffentlicht werden, welches Planungssicherheit gebe, politische Zielsetzungen darlege und langfristig ausgelegt sei?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass es in vielen europäischen Nachbarstaaten bereits Community Health Nurses gibt, die steuern, koordinieren, beraten, überwachen, leiten, eine zentrale Rolle übernehmen, um Menschen in der Bewältigung des Alltags zu unterstützen und dass insbesondere Menschen mit chronischen oder Mehrfacherkrankungen, aber auch junge Familien durch Community Health Nurses begleitet werden, sowie dass diese eine große Rolle in der Prävention und Gesundheitsförderung in der Kommune spielen, frage ich die Staatsregierung, wie viele Studierende haben in Bayern ein Studium in dem neuen Studiengang „Community Health Nursing“ bisher aufgenommen, welche Maßnahmen/Anreize für potenziell Studierende plant die Staatsregierung und welche Unterstützung bietet sie den Hochschulen, die diesen Studiengang bereits anbieten oder planen, dies in Zukunft zu tun an?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Intensivbetten können derzeit auf Grund von Personalmangel nicht betrieben werden, wie viele ungeimpfte Personen sind derzeit in Intensivmedizinischer Behandlung (bitte nach Landkreis aufschlüsseln) und welches durchschnittliche Alter haben diese Personen?

Roland Magerl
(AfD)

Vor dem Hintergrund des Berichts von <https://www.onetz.de> am 15.10.2021, wonach sich im BRK Seniorenheim in Eschenbach ein neuer Corona-Ausbruch ereignete – bei einem Großteil der Infizierten soll es sich um Impfdurchbrüche handeln – frage ich die Staatsregierung, wie viele Menschen im besagten Zeitraum in diesem Seniorenheim positiv auf SARS-CoV-2 getestet wurden (bitte die Anzahl getrennt nach Bewohnern, Mitarbeitern sowie nach Impfstatus auflisten), bei wie vielen der positiv Getesteten es sich um Vollimmunisierte handelte (bitte getrennt nach Bewohner, Mitarbeiter, Alter, Zweit- und Drittimpfung auflisten) und wie viele der positiv Getesteten infolge der Infektion verstorben sind (bitte nach Bewohner, Mitarbeiter, Alter, ungeimpft, Erst-, Zweit- und Drittimpfung auflisten)?

Christoph Maier
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass mittlerweile kein Distanzunterricht mehr möglich ist und somit Schulkinder ab der 5. Jahrgangsstufe zu einem Corona-Test gezwungen werden, frage ich die Staatsregierung, wie viele Fälle ihr seit dem Ende der Distanzunterricht-Möglichkeit bekannt sind, wonach sich ein Schulkind oder dessen Erziehungsberechtigte weigerten, dass sich das Schulkind testen lässt, in wie vielen Fällen es dabei zu unmittelbarem körperlichen Zwang kam und ob unmittelbarer körperlicher Zwang zur Durchsetzung des Testzwangs – nach Meinung der Staatsregierung – bei Schulkindern ab der 5. Jahrgangsstufe ein nicht auszuschließendes Mittel zur Durchsetzung von Corona-Tests ist?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sich ein Politiker, wie z. B. Bundesfinanzminister Olaf Scholz oder Ministerpräsident Dr. Markus Söder, beim Wahlgang bzw. beim Einwerfen des Stimmzettels im Wahlbüro fotografieren lassen darf,¹ unter welchen Umständen darf das verwehrt werden und von wem?

Helmut Markwort
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ihre für Bayern bisher abgerufenen Basismittel nach §1 Abs. 2 Ganztagsfinanzhilfegesetz (GaFinHG) zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter sind (bitte im Verhältnis zu der vom Bund zur Verfügung gestellten Fördersumme in absoluten und prozentualen Zahlen darstellen), wie diese Mittel bisher eingesetzt bzw. gebunden wurden (bitte aufschlüsseln nach Förderbereich, Höhe der Förderung und Regierungsbezirk) und welche Gesamtsumme die Staatsregierung als Basismittel bis zum ausschlaggebenden Zeitpunkt für die Bonusmittel im Dezember 2022 insgesamt abzurufen plant?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Gesamtfläche und die Waldfläche der Bayerischen Staatsforsten (BaySF) seit der Gründung im Jahr 2005 jährlich verändert haben (bitte aufgelistet nach Flächenabgang und Flächenzugang und unterteilt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten angeben), wie hoch der Anteil der zugegangenen Flächen, die in Verbindung mit der Reduzierung und Schließung von Militärstandorten stehen, ist und zu welchen Zwecken sind Flächen veräußert worden sind (bitte aufgelistet nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten angeben)?

¹ Beispiele: NordBayern (2021). Bundestagswahl 2021: Hier stehen die Spitzenpolitiker an der Wahlurne. URL: <https://www.nordbayern.de/politik/bundestagswahl-2021-hier-stehen-die-spitzenpolitiker-an-der-wahlurne-1.11385784>

Alexander Muthmann
(FDP)

Nachdem am 27. September 2021 die Abschlussveranstaltung „Projekt Digitales Dorf Spiegelau-Frauenau“ stattgefunden hat, frage ich die Staatsregierung, wann die umfassenden Abschluss-ergebnisse veröffentlicht werden (derzeit sind auf der Projektseite <https://www.digitales-dorf.bayern/die-modelldoerfer/bayerischer-wald-2/dd-projekt-sued/> immer noch nur die Zwischenergebnisse von 2018 abrufbar), wie die Staatsregierung selbst die Ergebnisse bewertet (bitte detailliert zu den relevanten Einzelaspekten des Modellprojekts) und welche weiteren Schritte sie auf Grundlage dieser Erkenntnisse zu gehen gedenkt (bitte unter Darstellung der durch die Staatsregierung geplanten Initiativen, wie etwa eine flächendeckende Ausrollung von Modellerfolgen, die Ergänzung bestehender Förderprogramme oder die Schaffung neuer Fördermöglichkeiten für die Digitalisierung ländlicher Räume etc. einschließlich der hierfür verfügbaren Mittel)?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch der Anteil der Präsenzlehre an den bayerischen Hochschulen im Wintersemester 2021/2022 nach vorläufigen Erkenntnissen ist, wie hoch demgegenüber der Anteil der Präsenzlehre im Vor-Corona-Semester 2019/2020 war und wie viele Hochschulen sich seit Vorlesungsbeginn dazu entschlossen haben, geplante Präsenzlehrveranstaltungen nun doch wieder digital stattfinden zu lassen?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die Summe der Steuer-rückforderungen, die bayerische Behörden bis heute aus den Schäden für den Fiskus durch Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte zurückgefordert haben, ist, wie viel haben sie tatsächlich erhalten und in wie vielen Fällen beträgt die Verjährungsfrist noch ein Jahr oder weniger?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die Auslastung der Frauenhäuser in Bayern in den Jahren 2020 und 2021 war (bitte aufgeschlüsselt nach Anzahl der Frauen in den einzelnen Frauenhäusern in Relation zu der Anzahl der abgewiesenen Frauen, dargestellt für Gesamtbayern, Regierungsbezirke, Landkreise, kreisfreie Städte, nach Monaten und in absoluten Zahlen und Prozentzahlen angeben), wie viele Frauen und Mädchen in den Jahren 2020 und 2021 in Second-Stage-Einrichtungen in Bayern Unterkunft gefunden haben und wie viele abgewiesen werden mussten (bitte aufgeschlüsselt nach Gesamtbayern, Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten, Monaten und in absoluten Zahlen und Prozentzahlen angeben)?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten S-Bahn-Stationen in München aktuell videoüberwacht werden, welche konkreten S-Bahn-Stationen in München aktuell nicht videoüberwacht werden und für welche S-Bahn-Stationen in München Planungen der Nachrüstung oder Erneuerung mit Videoüberwachung existieren?

Florian Ritter
(SPD)

Nachdem gegen mutmaßliche Mitglieder des Blood and Honour-Netzwerkes wegen Fortführung der verbotenen Vereinigung¹ eine Anklageerhebung im März 2021 erfolgte, frage ich die Staatsregierung, wie der Sachstand des Verfahrens ist, wie viele der Angeklagten ihren regelmäßigen Aufenthalt in Bayern haben und ob unter den Angeklagten Kontaktpersonen des NSU-Kerntrios zu finden sind?

Julika Sandt
(FDP)

Im Hinblick auf die im Oktober 2021 auslaufende Förderung des Projekts CHANCE des Vereins Cassandra e. V. aus dem Arbeitsmarktfonds frage ich die Staatsregierung, ob und in welcher Höhe eine Fortführung der Förderung dieses Projekts aus dem Arbeitsmarktfonds oder aus anderen Mitteln ermöglicht wird und wie Maßnahmen der beruflichen Neuorientierung von Sexarbeitenden anderweitig gefördert werden sollen, falls keine Fortführung der Förderung des Projekts CHANCE angedacht ist (bitte nur um Auflistung von Maßnahmen, die gezielt auf die berufliche Neuorientierung von Sexarbeitenden ausgelegt sind)?

Jan Schiffers
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Straftaten in der Zeit seit Gründung der Fridays for Future durch die Polizeidienststellen aufgenommen wurden (bitte nach Art der Delikte aufschlüsseln), wie viele Aktivisten der linksextremen Antifa auch der Fridays for Future Bewegung angehören und ob geplant ist, die Fridays for Future Bewegung aufgrund der zunehmenden Radikalisierung durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie der Stand bei der Erarbeitung der ÖPNV-Strategie 2030 ist, die das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr gegenwärtig zusammen mit Expertinnen und Experten aus Verkehrsbranche, Politik und Kommunen für den Freistaat Bayern entwickelt, wann die Systematik der Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr nach § 45a Personenbeförderungsgesetz anders geregelt wird, nachdem die Reform in diesem Bereich seit der Amtszeit von Staatsminister a. D. Dr. Otto Wiesheu immer nur ergebnislos untersucht und diskutiert wurde und welche Art der Neuverteilung und Mittelaufstockung der ÖPNV-Zuweisungen des Freistaates Bayern von der Staatsregierung erwogen wird?

¹ siehe <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-blood-honour-rechtsextremismus-moscheen-bombenandrohung-1.5231782>

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Aufgrund der aktuell geltenden Möglichkeit für afghanische abgelehnte Asylbewerber, unabhängig von ihrer aufenthaltsrechtlichen Vorgeschichte eine Ausbildungsduldung bekommen zu können, frage ich die Staatsregierung, ob sie diese Möglichkeit auch für den Ausbildungsbeginn zum 01.02.2022 noch anbieten wird, ob sie vor dem Hintergrund des Abschiebestopps und der aktuell ausgestellten Ermessensduldungen ihren Ermessensspielraum nutzen und auch solchen Afghanen eine Arbeitserlaubnis erteilen wird, die zum jetzigen Zeitpunkt – aus welchen Gründen auch immer (z. B. psychisch, körperlich oder sprachlich) – noch nicht in der Lage sind, eine qualifizierte Ausbildung aufzunehmen, um ihnen die Möglichkeit des Ansparens für eine zu einem späteren Zeitpunkt eventuell nötige Ausreise zu ermöglichen, und ob sich die Staatsregierung weiterhin für Abschiebungen von nicht Straffälligen nach Afghanistan einsetzen wird, solange keine diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik mit diesem Land bestehen?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Leitungen und stellvertretende Leitungen in den Gesundheitsämtern in Bayern Stand heute unbesetzt sind, ob sie aufgrund der steigenden Inzidenzen die Personaldecke in den Gesundheitsämtern zu erhöhen erwägt, um insbesondere bei positiven Fällen in den Schulen und Kitas möglichst schnell Rückmeldung geben zu können und ob mittlerweile von allen bayerischen Gesundheitsämtern die SORMAS-Schnittstelle zum Bund aktiv genutzt wird (Leitungsstellen bitte nach Regierungsbezirken aufschlüsseln)?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Dienstwohnungen der Justizvollzugsanstalt Nürnberg es in der Mannertstraße gibt, wie viele davon aktuell belegt sind und wann die Fläche, auf der sich die Wohnungen befinden, im Rahmen des Gesamtausbaus der JVA benötigt wird?

Anna Schwamberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Zahl der Test- bzw. Maskenverweigererinnen bzw. -verweigerer unter den Schülerinnen und Schülern im Vergleich zum vergangenen Schuljahr verändert hat, was sie gegen das Bilden von Parallelstrukturen durch Querdenkerschulen oder ähnliche Betreuungsangebote unternimmt (bitte konkret erläutern) und wie will die Staatsregierung zukünftig bei einer Impfquote über 80 Prozent unter den Schülerinnen und Schülern mit Test- und Maskenverweigererinnen bzw. -verweigerern verfahren?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie die aktuelle Impfquote in den Landkreisen Traunstein, Berchtesgadener Land und Mühldorf, aufgelistet nach Altersgruppen (12 bis 17, 18 bis 59 und über 60 Jahren) ist, wie sichergestellt wird, dass alle Stellen, die Impfungen gegen das Coronavirus vornehmen (Hausärzte, Kinderärzte, Betriebsärzte, Impfzentren etc.), ihrer Meldepflicht der Impfungen an die zuständige Behörde nachkommen und wie die Staatsregierung die Einhaltung der 3G-Regeln in der Gastronomie sicherstellt?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege im Februar 2021 5,3 Mio. Corona-Schnelltests bei der Siemens Healthcare GmbH bestellt hatte, frage ich die Staatsregierung, nach welchen Kriterien die Auswahl des Anbieters am Ende des Vergabeverfahrens durchgeführt wurde, in welcher Höhe gegebenenfalls Provisionen und Vermittlungsentgelte gezahlt wurden und an welche Personen und Firmen diese gegebenenfalls gezahlt wurden (bitte auch Höhe der Vermittlungsentgelte/Provisionen angeben)?

Ulrich Singer
(AfD)

Vor dem Hintergrund, dass in Wemding ein Fall bekannt wurde, bei dem ein Arzt einigen Patienten ein Impfbzertifikat gegen Corona ausgestellt hat, obwohl er den Patienten vermeintlich nicht geimpft hat, gleichzeitig der Arzt aber tatsächlich Impfungen gegen COVID-19 vorgenommen hat, von letztgenannten Patienten sich einige einer Antikörpertestung unterzogen, bei denen sich neben Antikörpern gegen relevante Impfantigene auch Antikörper als Nachweis auf eine durchlaufene natürliche Infektion fanden und die jetzt nicht als vollständig geimpft gelten und daher aufgefordert werden, eine einmalige zusätzliche Impfung wahrzunehmen, um wieder als geimpft zu gelten und das, obwohl sie zweifach geimpft sind und dies auch durch die Antikörper bestätigt wird, frage ich die Staatsregierung, wie viele Menschen insgesamt von dem besagten Arzt in Wemding gegen COVID-19 geimpft wurden (bitte die Anzahl getrennt nach tatsächlicher Impfung mit dem COVID-19-Impfstoff und nicht erfolgter Impfung sowie Antikörperstatus auflisten), warum nun einige Patienten ihren Impfstatus „vollständig geimpft“ verlieren und eine zusätzliche Impfung wahrnehmen sollen, obwohl sie genügend Antikörper gegen Corona aufweisen (bitte genau erläutern) und wie eindeutig nachgewiesen werden kann, ob jemand tatsächlich gegen COVID-19 geimpft wurde oder eine COVID-19-Infektion durchgemacht hat (bitte Verfahren erläutern, die es ermöglichen, zu untersuchen, ob jemand den COVID-19-Impfstoff injiziert bekam, an COVID-19 erkrankte oder keines von beiden der Fall ist)?

Christoph Skutella
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fachakademien für Sozialpädagogik sich für die dritte Ausschreibungsphase zur Teilnahme an dem Schulversuch „Pädagogische Fachkraft für Grundschulkindbetreuung“ beworben haben, wie vielen eine Zusage erteilt wurde und wie viele Schülerinnen und Schüler infolgedessen im Schuljahr 2021/2022 die Ausbildung aufnehmen konnten?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege im Februar 2021 5,3 Mio. Corona-Schnelltests bei der Siemens Healthcare GmbH bestellt hatte, frage ich die Staatsregierung, welche weiteren Anbieter im Vergabeverfahren waren, weshalb nur diese und keine weiteren ausgewählt wurden?

Diana Stachowitz
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, bezugnehmend auf den Brief von Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Carolina Trautner vom 6. September 2021, in dem angekündigt wurde, dass seitens des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales derzeit eine webbasierte Anwendung konzipiert würde, die die Information der Eltern verbessern, Möglichkeiten der Fortbildung für Elternbeiräte bieten, ein Tool für die Vernetzung von Elternbeiräten bereitstellen und auch eine interaktive Komponente enthalten soll, was der aktuelle Stand der Entwicklung der Anwendung ist, wann diese zugänglich sein wird und wie die interaktive Komponente zum Austausch mit den Eltern ausgestaltet werden soll?

Ralf Stadler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Aufenthaltserlaubnisse nach § 22 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) 2021 bis jetzt in Bayern erteilt wurden, aus welchen Ländern die Ausländer kamen, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG erhielten (bitte aufschlüsseln nach Land und Anzahl) und welche Gründe hierfür angeführt werden (bitte aufschlüsseln nach Anzahl und jeweiligem Grund)?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die Initiative „Schau auf die Rohre“ beurteilt, wie lange soll die Initiative fortgeführt werden und falls sie demnächst auslaufen sollte, warum?

Dr. Simone Strohmayer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schwangerschaftsabbrüche es in Bayern in den Jahren 2016 bis 2021 gab (bitte aufgliedert nach Jahren und nach Regierungsbezirken angeben), wie viele Beratungsstellen sowie Ärztinnen bzw. Ärzte, die den Eingriff vornehmen, es aktuell gibt (bitte ebenfalls jeweils nach Regierungsbezirken ausdifferenzieren) und inwieweit die Staatsregierung diese Beratungs- und Versorgungsinfrastruktur für ausreichend hält (falls möglich bspw. auch abgeleitet aus der Anzahl an Frauen, die nach Kenntnis oder Einschätzung der Staatsregierung evtl. keinen rechtzeitigen Beratungs- bzw. Eingriffstermin erhalten)?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Prozent der bayerischen Landesfläche derzeit in den Regionalplänen für Vorranggebieten Windkraft, für die eine Änderung der 10-H-Regelung auf 1 000 m Mindestabstand vorgesehen ist, eingenommen werden, warum die Vorbehaltsgebiete, die ein Drittel der ausgewiesenen Windkraftflächen in Bayern ausmachen, nicht einbezogen werden und wie viel Prozent der Flächen der Vorranggebiete für Windenergie aktuell noch nicht belegt sind?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern sie anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei plant, die Leistungen von vielen Menschen türkischer Herkunft anzuerkennen, ihre Einstellung zum kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländerinnen bzw. Ausländer zu überdenken und sich für die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen einzusetzen, dass Ausländerinnen bzw. Ausländer aus Nicht-EU-Staaten ein kommunales Wahlrecht erhalten?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob davon auszugehen ist, dass nach der Ankündigung von Sanktionen Eltern, die der Testung ihrer Kinder an den Schulen nicht zustimmen, diese von der Schule abmelden werden, wie sich die Abmeldequote von Schülerinnen und Schülern seit der Ankündigung von Sanktionen bei Abwesenheit, aufgrund der Ablehnung von Tests, zu der der letzten Schuljahre im gleichen Zeitraum (Angaben bitte nach Schularten und Städten im Zeitraum September und Oktober der Schuljahre 2018/2019 und 2019/2020) verändert hat, und wie lange die Übergangsfrist ist, um die Kinder an einer anderen Schule anzumelden und wie wird überprüft, ob ein Schulwechsel wirklich vollzogen wurde?

Hans Urban
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund von Medienberichten über die Beteiligung von Rechtsextremen aus Bayern an einer Gruppe, die in der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober 2021 Migrantinnen bzw. Migranten an der polnischen Grenze an der Einreise nach Deutschland hindern wollten, frage ich die Staatsregierung, um welche Anzahl Personen aus Bayern es sich handelte, welche genauen organisatorischen Aufgaben diese in rechtsextremen Organisationen einnehmen und ob die Staatsregierung plant, die Maßnahmen zur Verhinderung derartiger Aktivitäten kurzfristig zu intensivieren?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Initiativen hat sie zwischen Oktober 2009 und Oktober 2021 im Bundesrat zu den Themenbereichen Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige, steuerliche Berücksichtigung von Ausgaben für pflegende Angehörige und Begrenzung der Kosten für stationär pflegebedürftige Personen ergriffen, und wie hat die Staatsregierung im Bundesrat bei pflegepolitischen Initiativen aus anderen Bundesländern (BT-Drs. 315/18, 755/16, 134/11, 291/19) gestimmt?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf Drs. 18/16002 (Schriftliche Anfrage betreffend „Ausgestaltung der Denkmalschutz-Task-Force“) vom 08.01.2021 frage ich die Staatsregierung, wie das Konzept (Aufgabenbereich, Budget, Stellenausgestaltung) für die Tätigkeit der sog. „Denkmalschutz Task Force“ lautet, wann der erste Bericht im Ausschuss (laut oben genannter Schriftlicher Anfrage war Juli 2021 geplant) erfolgt und wann die Staatsregierung mit Aufnahme der Tätigkeit rechnet?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Berufsimker es in Bayern in den letzten zehn Jahren gab und gibt, wie viele Völker und haben sie in den letzten zehn Jahren hatten und haben und wie hoch deren durchschnittliche Honigerträge in den letzten zehn Jahren waren (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und Regierungsbezirken angeben)?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Aspekte des Klimaschutzes und der Generationengerechtigkeit aus Sicht der Staatsregierung raumwirksam sind, wie sie sicherstellt, dass das Landesentwicklungsprogramm (LEP) die räumlichen Voraussetzungen für die Erreichung der gesetzlich festgelegten CO₂-Minderungsziele sichert, wie es im Sinne des Klimaschutzes und der Generationengerechtigkeit sowohl das Bundesverfassungsgericht als auch die Initiative für ein besseres LEP in ihrem 6-Punkte-Plan fordern, und welche Akteurinnen bzw. Akteure, beispielsweise Verbände, die Staatsregierung beteiligt, um unabhängig zu überprüfen, ob Klimaschutz und Generationengerechtigkeit in ausreichendem Maß Rechnung getragen wird?